Datum: 8. Dezember 2023

Katharina Dröge im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Johannes Kuhn live aus unserem Hauptstadtstudio zum Ringen um den Bundeshaushalt. Und mitgehört hat Katharina Dröge. Sie ist eine von zwei Fraktionschefinnen der Grünen im Deutschen Bundestag, guten Morgen, Frau Dröge.

Katharina Dröge: Schönen guten Morgen.

Engels: Starten wir direkt mit dem, womit das Gespräch mit Herrn Kuhn eben aufhörte, nämlich: Kommen Sie überhaupt an der Ausrufung der Notlage für 2024 noch mal vorbei?

Dröge: Also, das ist auf jeden Fall eine der Optionen, die wir prüfen müssen, denn richtig ist ja, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit unverminderter Härte fortgeht und wir weiterhin die Aufgabe haben, die Ukraine so gut wie wir können, militärisch und humanitär zu unterstützen. Und das Verfassungsgericht hat ja auch eingeräumt, dass es die Möglichkeit gibt, die Schuldenbremse so noch einmal zu begründen, also die Aktivierung des Notfallparagraphen. Das ist voraussetzungsreich. Deswegen prüft die Bundesregierung das. Deswegen diskutieren wir das. Aber aus unserer Sicht, aus grüner Sicht ist es ein Weg, den wir prüfen sollten.

Engels: Die FDP ist aber eigentlich dagegen. Wie überzeugen Sie sie?

Dröge: Also, wir diskutieren natürlich intern miteinander. Wenn man zu einer Lösung kommen will, wo drei Koalitionspartner am Tisch sitzen, dann muss man genau das eben miteinander machen und nicht über die Medien. Aber in der Sache hat auch die FDP ja gesagt, dass sie sich einer Prüfung nicht verschließt. Und genau das tun wir jetzt. Wir schauen uns das juristisch sehr genau an und schauen uns auch genau die Positionen an und fragen uns dann: Kriegen wir da am Ende eine verfassungsfeste Lösung hin? Denn das wollen natürlich auch wir Grünen, dass das eine verfassungsfeste Lösung ist.

Engels: Auf der anderen Seite kann man sich natürlich schon fragen mit dem gesunden Menschenverstand: Jedes Jahr jetzt eine Notlage auszurufen, das kann es doch nicht sein.

Dröge: Definitiv wollen wir nicht jedes Jahr eine Notlage ausrufen. Allerdings geht dieser Krieg eben mit unverminderter Härte vor. Und es kann sein, dass wir in Deutschland und in Europa auch unsere Unterstützungsleistung noch einmal erhöhen müssen. Aber wir als Grüne werben grundsätzlich dafür – und dafür bräuchten wir aber auch die Opposition –, dass wir mit Blick auf andere Aufgaben im Bundeshaushalt, Zukunftsinvestitionen zu einer Modernisierung der Schuldenbremse kämen, damit einfach die Regel klarer ist und wir nicht immer unsere Substanz reduzieren, die für die Zukunft wichtig ist, für unsere künftigen Generationen wichtig ist, diese Zukunftsinvestitionen stärker zu ermöglichen und da Klarheit in der Schuldenbremse zu schaffen. Das wäre aus unserer Sicht der richtige Weg.

Engels: Sie sprechen damit an eine Reform der Schuldenbremse, möglichst flexibel zu gestalten, einzubringen. Dazu brauchen Sie die Unionszustimmung zur Änderung des Grundgesetzes. Das ist vollkommen unrealistisch. Wollen Sie da nicht mehr in die Debatte einsteigen, auch mal zu schauen, wo Sie vielleicht als Grüne Projekte, die Sie bis jetzt vorangetrieben haben, doch kleiner fahren?

Dröge: Also, sparen werden wir auf jeden Fall müssen. Ich möchte nur dem Eindruck widersprechen, dass das vollkommen unrealistisch ist, mit der Union hier zu einer Lösung zu kommen, weil verschiedene Ministerpräsidenten der Union sich in den letzten zwei Wochen geäußert haben und gesagt haben …

Engels: Aber CDU-Chef Merz im Gegenteil.

Dröge: CDU-Chef Merz nicht, aber die Ministerpräsidenten sind ja auch relevante Personen in der Union und deswegen nehme ich wahr, dass es dort unterschiedliche Stimmen gibt. Und deswegen haben wir diese Einladung ausgesprochen und hoffen, dass der CDU-interne Diskussionsprozess … am Ende vielleicht die vernünftigen Stimmen sich dort durchsetzen und wir miteinander reden können. Solange können wir natürlich nicht damit rechnen, solange Friedrich Merz dem im Wege steht und müssen deswegen auch mit alternativen Szenarien planen. Und dazu gehört natürlich auch, dass wir in diesem Bundeshaushalt schauen werden, wo Einsparpotenziale sind. Und wir werden uns auch auf Einsparungen einigen. So viel steht auf jeden Fall fest.

Engels: Da sind wir beim Thema. Wo wird denn gespart? Fallen auch einige Klimaschutzprogramme weg?

Dröge: Also, wir werden uns bemühen, im Klima- und Transformationsfonds so viele Programme wie möglich zu erhalten und fortzusetzen. Es sind nämlich auch wichtige Wirtschaftsförderprogramme, Programme zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Aber ehrlich gesagt wäre es komplett unseriös von mir, jetzt zu sagen, wir schließen hier irgendetwas aus. Denn wenn man sich über so große Summen einigen muss, dann sollte niemand etwas ausschließen. Das geht an alle Koalitionspartner aus meiner Sicht, dass wir das nicht tun sollten. Und es gibt natürlich noch den gesamten Bereich des Subventionsabbaus, wo wir sogar im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass wir hier vorankommen wollen. Also, da liegen auf jeden Fall weitere Einsparpotenziale. Und wir werben dafür, dass die auch mit in den Blick genommen werden.

Engels: Bleiben wir erst noch mal bei den Themen, die die Grünen ja immer vorantreiben. Da ist ja das Thema der Kindergrundsicherung. Die soll ja ab 2025 starten. Nun haben ja Tagesspiegel und Süddeutsche Zeitung berichtet, es werde ohnehin geprüft, ob man nach Bedenken des Bundesrates wegen zu viel Bürokratie dieser Einführung das Ganze erst später als 2025 beginnen zu lassen. Wird das so kommen? Das würde ja auch vielleicht Geld sparen.

Dröge: Also, ich möchte dem Eindruck widersprechen, dass das zu viel Bürokratie ist, sondern wir planen eine Digitalisierung von Leistungen, damit es am Ende für die Menschen einfacher wird. Das bedeutet natürlich für die Behörden erst mal Aufwand, wenn sie bisher nicht digitale Prozesse auf digital umstellen müssen. Das wird jetzt als Bürokratie bezeichnet. Für die Leute wird es aber einfacher an der Stelle. Und da prüfen wir gerade, ob das in dem bisherigen Zeitplan funktioniert. Tatsächlich ist es ja so, dass wir auch im Parlament noch nicht zu einem Abschluss gekommen sind. Und das bedeutet dann auch etwas für den Bundesrat. Und da müssen die zuständigen Behörden jetzt die Einschätzung abgeben, wie schnell kriegen sie das mit der Digitalisierung hin. Wir erleben das ja leider in Deutschland öfter, dass die Digitalisierung nicht so schnell vorangeht, wie wir uns das wünschen.

Engels: Das heißt, wenn die Digitalisierung nicht so schnell geht, wenn die Kindergrundsicherung schon deshalb später eingeführt werden muss, dann stimmen Sie da durchaus zu und das spart dann nebenbei auch noch Geld?

Dröge: Also, ich diskutiere die Kindergrundsicherung nicht als Sparbeitrag, denn es ist tatsächlich für uns enorm wichtig, dass sie so schnell wie möglich kommt. Hier geht es um die Bekämpfung von Kinderarmut und darum, dass Eltern, die einen Anspruch auf eine Leistung haben, diesen jetzt endlich mal einfacher bekommen können. Deswegen werben wir dafür, dass das Ganze so schnell wie möglich in Kraft tritt. Es muss nur auch mit dem Bundesrat

geeint werden. Und der hat vor allen Dingen finanzielle Fragen. Bund und Länder diskutieren öfter miteinander, wer welchen finanziellen Anteil übernimmt. Das steht hier auch für die Bundesländer im Vordergrund. Und da werden wir uns noch einigen müssen.

Engels: Einigen müssen, aber einen späteren Starttermin für die Kindergrundsicherung schließen Sie nicht aus?

Dröge: Na, ich kann ja nichts ausschließen, was am Ende technisch vielleicht nicht möglich ist. Ich kann sagen, was ich möchte und das ist ein Inkrafttreten zum 01.01.2025. Wenn es technisch nicht funktioniert, kann ich es nicht erzwingen.

Engels: Dann schauen wir auf die Themen, die Ihren Koalitionspartnern wichtig sind, die aber vielleicht doch angegangen werden. Sie haben es schon angedeutet, Subventionen wegfallen lassen, da gehen Sie immer die FDP an, Dieselsubventionen wegfallen zu lassen oder das generelle Dienstwagenprivileg. Wird es dahin kommen?

Dröge: Also, ich werbe sehr dafür, dass wir diesen Schritt machen. Wir haben ihn ja schließlich im Koalitionsvertrag auch miteinander verabredet. Uns ist wichtig, dass wir das immer sozial ausgewogen gestalten. Das kann man bei jedem einzelnen dieser Privilegien, die genannt sind, auch genauso machen. Deswegen beispielsweise beim Dienstwagenprivileg werben wir nicht für eine vollständige Abschaffung, sondern für eine stärkere Ausrichtung am CO2-Ausstoß des Fahrzeuges, um ein Beispiel zu nennen. Und da werden wir auf jeden Fall mit den Koalitionspartnern drüber sprechen, denn das liegt quasi auf der Hand, dass es die Potenziale gibt, die gut sind fürs Klima, für die Gerechtigkeit und für den Bundeshaushalt.

Engels: Das heißt, beim Dienstwagenprivileg werden Sie zum Beispiel die Sorgen, die wir jetzt auch gerade in den Nachrichten wieder von den kleinen Pflegediensten gehört haben, berücksichtigen, dass Vertreter dieser Pflegeberufe warnen, gerade, wenn man eben mit eigenem Wagen, mit Dienstwagen unterwegs ist in diesem Pflegeberuf und diese Privilegien wegfallen würden, dann müssten viele Pflegedienste dichtmachen. Das werden Sie berücksichtigen?

Dröge: Wir werden definitiv das Dienstwagenprivileg nicht abschaffen. Das ist nicht das, was wir fordern, sondern wir schlagen eine stärkere Orientierung am CO2-Ausstoß vor bei der Pauschalierung. Und es gibt weiterhin die Möglichkeit daneben, die Einzelabrechnungen auch zu machen, sodass diese Sorge aus meiner Sicht unbegründet ist. Aber die Vorteile,

die insbesondere Besitzer großer, teurer Dienstwagen dadurch haben, dass sie einen Pauschalbetrag einfach in Abrechnung stellen können, die wollen wir minimieren und damit nicht den Anreiz setzen, dass man sich sehr teure und sehr CO2-intensive Autos kauft.

Engels: Noch kurz zum Schluss der Blick auf das Bürgergeld. Das ist ja der SPD und auch Ihnen sehr wichtig, dass diese Erhöhung kommt. Das scheint auch technisch gar nicht mehr anders möglich zu sein, als dass diese Erhöhung kommt. Wäre dann aber die Idee, danach ein Erhöhungsmoratorium festzulegen beim Bürgergeld?

Dröge: Also, definitiv ist das aus meiner Sicht nicht die richtige Antwort, denn das, was wir gerade machen, ist ja ein Ausgleichen der Preiserhöhung, die die Menschen erleben. Und das Bundesverfassungsgericht hat uns auch vorgegeben, dass wir genau dies tun müssen. Und die Union hat auch in der Vergangenheit immer einen Inflationsausgleich gemacht. Ich hielte das schon verfassungsrechtlich für sehr fragwürdig, wenn man diesen Inflationsausgleich auf einmal nicht mehr macht. Denn wir müssen ja ein menschenwürdiges Existenzminimum absichern. Das hat uns das Verfassungsgericht aufgegeben. Und das, was wir jetzt nur getan haben, ist, dass wir uns jetzt zeitnah in den Blick genommen haben, welche Inflation gibt es aktuell. Aber es ist eigentlich nichts anderes als auch in der Vergangenheit schon passiert ist.

Engels: Das Ringen geht weiter. Das haben wir auch von Katharina Dröge gerade gehört. Sie ist eine der Fraktionschefinnen der Grünen im Deutschen Bundestag. Vielen Dank für Ihre Zeit heute Morgen.

Dröge: Ich danke.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.